

Der EU-KandidatInnen-Check Meine Antworten zur EU-Saatgutverordnung

In der EU wird eine neue Saatgutverordnung erarbeitet, die den freien Tausch und Handel mit Saatgut noch schwieriger machen würde. Dieser Verordnungsentwurf wurde vom Umwelt- und Agrarausschuss sowie dem Plenum des Europa-Parlaments abgelehnt.

Nach den EU-Wahlen im Mai diesen Jahres wird sich entscheiden, ob an dem bisherigen Entwurf weitergearbeitet wird oder er von der EU-Kommission zurückgezogen wird.

[Save our Seeds](#) schickte den deutschen SpitzenkandidatInnen einen Brief mit fünf Fragen zum Thema Saatgut und die EU-Saatgutverordnung. Hier sind ihre Antworten:

Vorname: Jakob

Nachname: Weizsäcker

Politische Partei: SPD

Meine wichtigsten Parteiämter: *Abteilungsleiter für Wirtschaftspolitik und Tourismus im Thüringer Wirtschaftsministerium*

1. Saatgutgesetzgebung: In der kommenden Legislaturperiode wird das Parlament vermutlich über einen revidierten Vorschlag zur Saatgutgesetzgebung diskutieren und abstimmen. Welches Leitprinzip werden Sie Ihrer Arbeit zum Saatgutverkehrsgesetz zu Grunde legen?

Es erscheint mir offensichtlich, dass die Saatgutvielfalt eine Schlüsselfrage ist – aus ökologischer, ökonomischer und auch aus sicherheitspolitischer Sicht. Die Biodiversitätskonvention und entsprechende Beschlüsse der Vertragsstaaten zur landwirtschaftlichen biologischen Vielfalt bilden aus meiner Sicht eine gute Basis für die weitere Regelung der Saatguterhaltung (insbesondere auch in-situ) und die nachhaltige Anpassung an klimatische, geographische und biologische Bedingungen.

2. Öko-Landbau: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass nicht nur wenige Hohertrags-Sorten für den konventionellen Landbau als Sorte registriert werden können, sondern auch Sorten Teilmärkte wie den Öko-Landbau oder regionale Spezialitäten?

Ja.

3. Saatgutarbeit: Die Erhaltung und Weiterentwicklung der genetischen Vielfalt braucht nicht nur professionelle ZüchterInnen, sondern auch BäuerInnen, ErwerbsgärtnerInnen und sogar HobbygärtnerInnen, die sich des Themas annehmen. Da diese den Verkauf des Saatguts nicht gewerblich betreiben, wirft er keine Gewinne ab, sondern ist höchstens kostendeckend. Eine aufwändige Registrierung der Sorte lohnt sich daher nicht. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Art der Saatgutarbeit außerhalb des Rechtsrahmens, ohne Registrierung möglich ist?

Eine Sonderregelung für die Sortenregistrierung unterhalb der kommerziellen Nutzungsschwelle würde ich befürworten.

4. Züchtungsmethoden: In Deutschland gibt es eine Diskussion um neue Züchtungsmethoden, manche werden von vielen VerbraucherInnen abgelehnt (bspw. Zellfusionstechnik/CMS-Hybriden). Weder GärtnerInnen noch VerbraucherInnen können hier wählen, da eine Kennzeichnung fehlt.

Werden sie sich dafür einsetzen, dass die Züchtungsmethode im Sortenregister oder auf der Saatgutverpackung ausgewiesen wird?

Mehr Transparenz im Saatgutmarkt halte ich für ein vernünftiges Ziel, auch jenseits korrespondierender Kennzeichnungsmöglichkeiten und -pflichten für Lebensmittel.

5. Saatgutverfügbarkeit: Saatgutverfügbarkeit ist Daseinsvorsorge. Der bisherige Kommissionsvorschlag sieht die Möglichkeit einer Privatisierung der Sortenprüfungen und die Zentralisierung der Sortenzulassung vor. Wie wollen Sie absichern, dass in den Regionen Europas staatliches Know-How zur Erhaltung der genetischen Ressourcen, zur Züchtung und zur Sortenzulassung erhalten bleibt?

Insbesondere den Erhalt staatlichen Know-Hows und eine effektive staatliche Steuerung in diesem sensiblen Bereich halte ich für essentiell.